

SCHUL- U. SPORTAUSSCHUSS

Auszug
aus der Niederschrift
der Sitzung vom 16.11.2021

Zu Punkt 3.5.1
(öffentlich)

Städt. Bauprogramm 2022 ff unter besonderer Berücksichtigung städt. Schulbaumaßnahmen einschließlich Verfahrenserleichterungen zur Entbürokratisierung und Beschleunigung des Bauprogramms

Beratungsgrundlage:
Drucksache: 2477/2020-2025

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus führt in den Tagesordnungspunkt ein, in dem er dem Ausschuss noch einmal die Rahmenbedingungen des Bauprogramms nennt. Er führt weiterhin aus, dass dies in Gänze beim ISB abgebildet wird und der Schulbau ein sehr großer Teil dieses Bauprogramms ist. Weiterhin verweist er auf die Sondersitzung des Ausschusses am 07.12.2021.

Frau Schönemann (Amt für Schule) teilt dem Ausschuss mit, dass in dem Beschlusstenor redaktionelle Änderungen vorgenommen werden müssen. So muss unter 2.1 der 10.11.2011 in 15.12.2011 geändert werden und in 2.2 beim BUWB die Ziff. 2.11 in Ziff. 2.7. Weiterhin führt sie auf, dass von den geplanten 109 Maßnahmen 83 Maßnahmen im Schulbereich liegen und, dass das geplante Investitionsvolumen für Schulbaumaßnahmen knapp 652 Mio. € beträgt, damit 73 % des Gesamtvolumens.

Auch die beschlossenen Maßnahmen der SEP sind im Bauprogramm mitberücksichtigt worden. Ebenfalls wird der Ausbau der OGS zur Sicherung des Anspruchs auf einen Ganztagsplatz im Primarbereich ab 2026/27 abgesichert. Der aufgestellte Fahrplan ermöglicht damit die Schaffung neuer und den Erhalt bestehender Schulplätze.

Sie merkt weiterhin an, dass die Schulen über das Bauprogramm informiert wurden und verweist auf die morgige Sondersitzung der Bezirksvertretungen.

Herr Peter (ISB) stellt klar, dass der ISB mit diesem Bauprogramm zumindest für die nächsten 13 Jahre voll ausgelastet ist. Seiner Meinung nach wird es wohl auch länger und teurer, wenn man die aktuellen Preise in der Baubranche betrachte.

Er teilt dem Ausschuss anhand einer Folie mit, welche Hürden generell bei einer Baumaßnahme bestehen und mit welchen Hürden der ISB zu kämpfen hat (s. Anlagen zur Niederschrift, Anlage Nr. 1). So ist der ISB ab dem Jahr 2023 überzeichnet. In diesem Jahr rechnet man mit Bauaufträgen in Höhe von 100 Mio. €, der ISB schafft aber aktuell nur 25 – 30 Mio. € pro Jahr. Ein Problem ist auch, dass Personal fehlt und auch nicht entsprechend akquiriert werden kann. Auch wäre eine Erhöhung der Wertgrenzen und eine Vereinfachung bei der internen Bearbeitung von Vergabeverfahren erforderlich, um so schneller Projekte bearbeiten und abschließen zu können.

Weiterhin bemerkt Herr Peter, dass es sich eigentlich um mehr als 109 Maßnahmen handelt, da sich zum Beispiel hinter dem Punkt OGS-Erweiterungen 17 Einzelmaßnahmen befinden. Er erklärt, dass sich das Bauprogramm in 2 Priorisierungen unterteilen lässt. Prio 1 sind die Baumaßnahmen, welche vor dem Bauprogramm geplant oder gestartet wurden. Diese umfassen ca. einen Wert von 400 Mio. €. Prio 2 sind die Maßnahmen, welche sich aus den Anforderungen des Schulbereichs ergeben. Aber auch rechtliche Verpflichtungen aus dem Bereich der Feuerwehr sind in diesem Bereich enthalten.

Er weist darauf hin, dass man nun nicht mehr viel Spielraum habe und es auch schwer wird, die angegebene Reihenfolge noch einmal zu ändern. Natürlich werden auch in Zukunft Projekte zusätzlich entstehen, wie zum Beispiel aktuell die Luftfilteranlagen an Schulen. Aber dies wird zukünftig nur möglich sein, wenn andere Maßnahmen dafür zeitlich verschoben werden.

Herr Peter stellt die Frage in den Raum, ob zukünftig nicht vermehrt mit Systembauten gearbeitet werden soll. Eventuell sollte man im Schulbereich auch mit Mustergrundrissen planen. Dies könne seiner Meinung nach ein Befreiungsschlag sein.

Man habe von Seiten des ISB mit dem Programm begonnen und versuche nun dieses entsprechend der Vorgaben abzuarbeiten.

Herr Nockemann (stellvertretender Vorsitzender) bedankt sich bei der Verwaltung für die Ausführung und weist auf die jeweiligen Sondersitzungen hin.

Für Herrn Suchla (SPD) sei dies kein Selbstläufer, sondern eine gemeinsame Aufgabe. Dieses große Maßnahmenpaket sei eine tolle Chance für Bielefeld. Da noch Beratungsbedarf und die Sondersitzung ausstünden, beantragt er die erste Lesung.

Frau Purucker (B 90/Grüne) meldet sich zu Wort und möchte wissen, ob mit diesen Maßnahmen der Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz ab 2026 erfüllt werde. Weiterhin interessiert sie die Mittagessenversorgung und die Aufstellorte von Modulbauten. Die Modulbauten seien teilweise zu weit vom Schulgebäude entfernt.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus und Frau Schöнемann erklären ihr, dass es das Ziel ist, bis 2026 den Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz auch baulich abzusichern. Daher ist auch ein Bestandteil des Bauprogramms die Ertüchtigung der Schulen für notwendige Küchen und Mensen. Eventuell ergeben sich auch mehr Synergien, wenn der Beschluss zum rhythmisierten Ganzttag umgesetzt ist. Bezüglich der Mittagessenversorgung verweisen sie auf die Beschlüsse aus dem Schul- und Sportausschuss. Demnach werde, wo es möglich ist, die Frischeküche bei allen Schulbaumaßnahmen bevorzugt.

Zum Thema Modulbauten teilen sie mit, dass diese zusätzliche Raumressourcen bieten, jedoch von Schulen gewünschte zusätzliche Umbaumaßnahmen im Bestandsgebäude nicht parallel realisiert werden können. Eventuell lassen sich Defizite im Bestand durch eine zusätzliche Raumressource im Modulbau wettmachen. Der Aufstellungsort wird in Absprache zwischen dem ISB und Amt für Schule getroffen. Ein separates Gebäude hat immer einen entsprechenden Weg zur Folge. Generell gilt für das Raumprogramm das, was in der SEP beschlossen wurde.

Herr Schlifter (FDP) hätte sich einen optimistischeren Vortrag gewünscht,

da dieses Bauprogramm ein guter und toller Ansatz sei. Aus der SEP kann man heraus ableiten, wie der Bedarf Schülerinnen und Schüler zu Räume sei. Man benötige zusätzliche Schulplätze bis 2025, aber teilweise benötige man diese schon vorher. Ihm fehle die Aussage, zu welchen Jahren welche Plätze in Summe verfügbar wären. Er frage sich daher auch, ob damit der SEP gerecht wird. Im weiterführenden Bereich sind die Umbauten der Martin-Niemöller-Gesamtschule und der Gesamtschule Rosenhöhe verortet. Hiermit würde man aber keine Kapazitäten schaffen. Dem Plan wäre zu entnehmen, dass im Jahr 2029 ein Gymnasium und eine Gesamtschule für jeweils 24 Million € geplant wären. Er bezweifelt, dass dies auskömmlich sei. Seiner Meinung nach laufe man auf eine Verknappung der Schulplätze zu. Auch frage er sich, wie die unterschiedlichen Kosten pro Standort bei Zügigkeitserweiterung zustande kämen. Generell sollten Modulbauten bei Grundschulerweiterung nicht die erste Wahl sein. Dies liege zu einem an dem unterschiedlichen Raumbedarf, zum anderen auch am Aufstellungsort. Es stelle sich immer die Frage des Wohin, ohne dass der Schulhof zu klein würde. Bei Schulerweiterungen sollten auch Schulleitungen gehört werden und wenn es sich dabei um eine Grundschule handeln würde, müsse man auch die Wünsche der Bezirksvertretung beachten. Er weiß, dass die Zeit drücke, aber er freue sich schon auf die Beratung.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus und Frau Schönemann teilen an Herrn Schlifter gerichtet mit, dass vorrangig Modulbauten vor individuell zu planende Anbauten realisiert werden sollen. Auch gymnasiale Erweiterungen sind in der Anlage abgebildet. Sie verweisen weiterhin auf die Zeilen 100 und 104, wo jeweils der Neubau einer weiterführenden Schule mit 24,5 Millionen € abgebildet ist.

Herr stellvertretender Vorsitzender Nockemann weist den Ausschuss im Hinblick auf die Sondersitzungen darauf hin, dass heute ein erster Meinungsaustausch erfolgen solle. Wenn Fragen vorlägen, sollte man diese rechtzeitig zur nächsten Sitzung der Verwaltung zukommen lassen. Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag zu.

Auch Herr Grün (B 90/Grüne) richtet seinen Dank an den ISB und das Amt für Schule. Dies wäre ein großer Schlag für Bielefeld, den es so bisher noch nicht gegeben hätte. Eventuell könne man die eine oder andere Sache effizienter gestalten. Auch verweist er auf die Bezirksvertretungen, die jede eine eigene Befassung hätten. Man habe trotzdem noch die Möglichkeit in den nächsten 10 Jahren andere Projekte miteinzubringen, da sich Bedarfe verändern.

Herr Seidel (Stadtelternrat) meldet sich zu Wort und bedankt sich für die Aufarbeitung. Er bekräftigt aber die Sorgen der Elternschaft nach der Zeitplanung hinsichtlich der Fertigstellung der Schulen. Für sie wäre es wichtig zu wissen, wann welche Schule fertig würde.

Herr Blumensaat (CDU) möchte von der Verwaltung wissen, warum die Baumaßnahmen an der Diesterwegschule erst 2026 beginnen würden und nicht 2025.

Frau Schönemann erklärt ihm, dass das Bauprogramm mit dem ISB unter Beachtung der SEP bearbeitet wurde. Die Beschlüsse aus der SEP sind unter dem Blickwinkel bezogen auf die Auslastungsmöglichkeiten des ISB priorisiert worden. Dabei mussten zeitlich notwendige Verschiebungen in Kauf genommen werden.

Zum Schluss meldet sich Herr Peter noch einmal zu Wort und stellt in Frage, ob eine zügigere Planung zur Realisierung der notwendigen Schulbaumaßnahmen oder eine Beteiligung zu priorisieren sei.

Der Ausschuss nimmt in 1. Lesung Kenntnis von der Vorlage.

1. Lesung -

400 Amt für Schule, 07.01.2022, 51-39 18

An

230, 230. 121 Fr. Weigandt, 002.2 Fr. Krumme/Hr. Tobien, 161.1 Fr. Pohle,

162.1 Fr. Nebel/Fr. Machnik, 163 Fr. Fechner, 164 Hr. Walkenhorst,

166 Fr. Knoll-Meier/Fr. Strobel,

400 (AL, AbtL, TL)

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung
i. A.

gez.

Seifert